

Studie zur Integration
Notwendige Mahnung

Von Angelika Wölk

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Thema Integration ist ein wichtiger Beitrag zur Debatte. Sie lenkt den Blick gleich auf mehrere wichtige Punkte. Zum einen: Integration ist für die Zuwanderer menschlich außerordentlich wichtig. Wer integriert ist, fühlt sich eher wohl, fühlt sich eher angenommen, ist eher glücklich als jemand, der glaubt, nicht hierhin zu gehören.

Krise an den Börsen
Auf dem falschen Fuß erwischt

Von Thomas Wels

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie ungemütlich es auf dem internationalen Parkett zugeht, dann liegt er jetzt vor. Der Tranquillizer namens Zinssenkung aus den USA zeigt mit Macht: Die US-Finanzkrise hat auf den Rest der Wirtschaft übergegriffen. Und das ist ein ernsthafter Befund.

Die Zinssenkung der US-Notenbank ist als Notbremse für die Börsen gedacht, weil niedrigere Zinsen für Anleger Aktien-Käufe wieder attraktiver im Vergleich zu anderen Geldanlagen machen und so den Kursverfall bremsen helfen.

Wo Rauch ist, ist auch Feuer. So haben Konjunkturprogramm und Zinssenkung erst das Gespenst der Rezession zum Leben erweckt. Schließlich darf man davon ausgehen, dass Bush und der mächtigste Notenbanker der Welt, Ben Bernanke, wissen, warum sie derart große Werkzeuge aus ihren Instrumentenkästen klauben.

Wie viel Krise schwappet nach Deutschland? Das ist die Gewinner-Frage, die derzeit keiner beantworten kann. Die Abhängigkeit von den USA ist dank der Euro-Gemeinschaft für deutsche Unternehmen nicht mehr so groß wie sie es einst zu D-Mark-Zeiten war.

Auch in Deutschland schlummern in den Büchern der Banken jede Menge Risiken aus den US-Immobiliengeschäften. Die exakte Höhe ist noch unbekannt. Wenn Banken sich aber untereinander nicht vertrauen, dann steigt der Zins als Risikoprämie fürs Geldausleihen.

Wir werden mit dieser Unsicherheit leben müssen. Die Politik allerdings könnte helfen, die Wirtschaft etwas stürmsicherer zu machen: Dazu aber wären mehr, nicht weniger Reformen hin zu flexibleren Arbeitsmärkten nötig.

ZAHL DES TAGES

10

Videokameras überwachen seit 2006 die Hamburger Reeperbahn. In den ersten fünf Tagen ereigneten sich fünf Gewalttaten, die von keiner der Kameras erfasst wurden.

NOKIA SCHLIESST WERK IN BOCHUM

Facharbeiter fehlen

Rumänien boomt zwar wegen günstiger Grundstücke und niedriger Steuern. Doch es mangelt an ausgebildetem Personal. Das könnte auch die Finnen treffen

Von Alexandra Trudislev

Essen/Cluj. Dass Nokia nach Rumänien geht, ist kein Zufall. Das strukturschwache ehemalige Ostblockland boomt, seit es vergangenen Januar der EU beigetreten ist. Billige Löhne, preiswerte Grundstückspreise und eine niedrige Besteuerung der Unternehmen (16 Prozent) locken weltweit Investoren an.



Im rumänischen Cluj liest eine Frau die Stellenanzeige des neuen Nokia-Werkes. Foto: ddp

Etwa die Hälfte der qualifizierten Nachwuchskräfte arbeitet derzeit gar nicht in Rumänien. Nach Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit verdienen rund drei Millionen Rumänen in europäischen Ausland ihr Geld. Ein Durchschnittsarbeiter erhält derzeit nicht mehr als 300 Euro pro Monat, da locken die Löhne im Ausland. Nun haben die Investoren das Nachsehen: „Eine ganze Generation gut ausgebildeter Ingenieure ist zum Arbeiten nach Spanien und Portugal gegangen“, erzählt der Leiter der Niederlassung des deutschen Unternehmens „Harting“ in Rumänien.

Kaum Berufsschulen

Das Familienunternehmen aus Bielefeld mit einem Jahresumsatz von 345 Millionen Euro hat am Rande von Hermannstadt (Sibiu) im hügeligen Siebenbürgen eine gewaltige neue Fertigungsanlage für Netzwerkverbindungen errichtet. Ähnlich wie Nokia es tun will. Auf einem Acker, wo bisher Bauern ihren Mais anbauen, an einer frisch asphaltierten Durchfahrtsstraße zwischen Hermannstadt (Sibiu) und Klausenburg (Cluj) pro-

duzieren nun rumänische Arbeiter kleine Plastikteile für den Weltmarkt. Die Ansiedlung in Rumänien bietet, so berichtete der Werksführer bei einer Besichtigung, „auch Herausforderungen“: Eine konstante Stromversorgung sei hier noch nicht selbstverständlich, viele Arbeiter könnten sich kein eigenes Auto leisten, deshalb müssten Werksbusse die Menschen aus dem Umland einsammeln.

Sonntagsschichten seien unbeliebt, die Arbeiter nicht immer zuverlässig. „Manche kommen einfach nicht.“ Und: Die Auswahl an qualifizierten jungen Mitarbeitern ist zunehmend ein Problem. Es gibt fast keine. Einen Grund dafür kennt Wilfried Schreiber, Projektor der Babes-Bolyai-Universität in Klausenburg (Cluj):

„Es fehlt an richtigen Berufsschulen.“ Mit dem Zerfall des Kommunismus sei auch das Ausbildungssystem in Rumänien zum Erliegen gekommen. Früher seien die staatlichen Betriebe für die Qualifizierung zuständig gewesen, aber die seien nach 1989 aufgelöst worden.

Boden wird teurer

Es klappt eine Ausbildungslücke. So könnte der Investoren-Boom an einem hausgemachten Problem scheitern: postkommunistischer Facharbeitermangel. Nokia will in Ju-cu, einem Dorf mit 4200 Einwohnern in der Nähe von Cluj, 15.000 Mitarbeiter einstellen. Wo die alle herkommen sollen, das bleibt unter diesen Umständen noch fraglich. Nach Medienberichten be-

steht dort für ungelernete Arbeiter kein Bedarf. Das kleine Dorf feiert den 190 Hektar großen Nokia-Gewerbepark euphorisch. Es herrscht Goldgräberstimmung: Der Boden, der dort früher für einen Euro pro Quadratmeter zu haben war, hat mit dem Zuzug von Nokia eine immense Wertsteigerung erlebt. Bauern verlangen jetzt 50 Euro pro Quadratmeter.

Löhne steigen

Ähnlich werden sich die Löhne entwickeln. Laut der Deutschen Außenhandelskammer in Rumänien sind seit 2002 die durchschnittlichen Bruttolöhne um 163 Prozent gestiegen. Es soll Arbeiter geben, die bei Nokia nicht anfangen wollen, weil ihnen die Finnen nicht genug zahlen.

Das Ruhrgebiet erneuert sich schneller

Innovationsbericht 2007 bilanziert hohes Produktivitätswachstum. Aber: Gehälter hinken hinterher

Von Peter Szymaniak

Düsseldorf. In der Krise um das Nokia-Werk in Bochum macht der neueste „Innovationsbericht 2007“ im Auftrag der Landesregierung dem Ruhrgebiet Mut. Die Studie attestiert der Metropole im Vergleich der anderen NRW-Regionen Rheinland und Westfalen ein Wachstumsvorsprung“, schreiben die Autoren des RWI, des Stifterverbandes und der Ruhr-Universität Bochum.

Der Strukturwandel des Ruhrgebiets ist nach den Forschungsergebnissen weiter voranschritten als viele wahrnehmen: So hatte das Ruhrge-

biet 2005 nur noch einen Industrieanteil von 15 Prozent – niedriger als im Rheinland und Westfalen. Umgekehrt stieg der Anteil der Dienstleistungsbranche kräftig an – auch die Zahl der Erwerbstätigen in dieser Branche nahm stärker zu als im Bundesgebiet.

„Die bei vielen tief verwurzelten klischeehaften Vorstellungen, beim Ruhrgebiet handle es sich primär um eine Industrieregion, sind überholt“, heißt es in dem Innovationsbericht. „Die heutige Wirtschaftsstruktur steht im Ruhrgebiet auf einer vergleichsweise

modernen infrastrukturellen und technologischen Basis.“ Doch der Strukturwandel hatte auch große negative Folgen für den Wohlstand der Revierbürger: Das Pro-Kopf-Einkommen liegt 19 Prozent unter dem im Rheinland und 11 Prozent unter Bundeschnitt.

Die Wissenschaftler empfehlen der Landesregierung, die Innovationskerne „Neue Werkstoffe“ und „Nanotechnologie“ im Ruhrgebiet weiter auszubauen und die neue Initiativen der Wirtschaft und Kommunen zur „Metropole Ruhr“ zügig voranzutreiben.

Ein Unglück kommt selten allein



WAZ-Zeichnung: Nel

DIE ANDEREN

Handelsblatt (Düsseldorf) zu Börsen Die Panik der Märkte hat jetzt auch die amerikanischen Notenbank erreicht. Anders lässt sich nicht erklären, warum die Federal Reserve (Fed) nur eine Woche vor ihrer nächsten Sitzung die Leitzinsen in den USA drastisch um 0,75 Prozentpunkte gesenkt hat. Wenn es der Fed wirklich um eine Rettung der Wirtschaft gegangen wäre, hätte sie auch noch sieben Tage warten können.

Süddeutsche Zeitung (München)

Im derzeitigen Abwärtstrend droht alles. Erfolgsfaktoren wie Exzesse, zu einem stinkenden Geräuch vermischt zu werden, das den Bundesbürgern signalisiert: Finger weg von Aktien! Wenn die Masse der Deutschen diese Maxime verinnerlicht, wird die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich zunehmen.

Berliner Morgenpost zu Hessen

Clement, heute in den Diensten eines großen Energieversorgers, erregte nie den Verdacht, dem SPD-Programm besonders nahe zu stehen. Auf der anderen Seite kann es aber gut sein, dass Clement in der linken Wählerschaft in den letzten Tagen ein Jetzt-erst-recht-Gefühl mobilisiert – auch in der Linkspartei.

UNSERE LESER

Zu „Insellösung für die Umweltzone“

Eine Lösung, die unter Druck zu Stande gekommen ist. Mit ihr betreibt man Augenschmerz. Unser Wohngebiet wird von der A 40 und vom Flugverkehr stark belastet. Diese Verkehrswege schließt die Politik von der Umweltzone aus. Sind wir Anwohner zweiter Klasse? Klausia Lange, Wattenscheid

Zu „10 000 Euro für gutes Deutsch“

Bekomme ich auch 10 000 Euro? Ich bin nämlich „Wissenschafferin“ für meine Kinder. Und das in der eigenen Muttersprache. Somit trage ich auch zur Rettung der deutschen Sprache bei. Das Geld könnte ich ja für ein Wissenschaftsstudium meines Nachwuchses verwenden. Astrid Wehner, Essen

Zu „Ältere sollen nicht in die Statistik“

So sieht also der Aufschwung der Großen Koalition aus: Die Statistik wird geschönt, Ältere werden zwangsberentet und auf dem Papier haben zehntausende wieder einen Arbeitsplatz gefunden. Die Betroffenen nennen das Rentenbetrug. Rainer Nowak, Herne

GLOSSIERT

Ohne Hülle, aber mit Fülle

Unsereins kennt solche Filmchen ja nur vom Hören, nicht einmal vom Sagen. Und jetzt spielen die Sternchen aus solchen Filmchen auf einmal im ganz normalen Fernsehen mit, mit deutlich geringerem Schmuddelanteil als in ihrem früheren Beruf. Wenn Gina neuerdings wieder Michaela heißt und sich nicht mehr auf Laken, sondern unter Kakerlaken windet, dann fragt man(n) sich, was an der wohl erotisch sein soll. Aber das ist letztendlich ja auch egal. Hauptsache, die Saula hat sich zur Paula gewandelt, rein moralisch gesehen.

Spannender ist der Vorgang allerdings umgekehrt: Wenn die Paula zur Saula mutiert. Wenn Britney Spears das Satansweib in der Neuerfilmung eines Russ-Meyer-Streifens mimt. Satansweib ist sie ja eigentlich jetzt schon. Ob Britney bei der Vertragsunterzeichnung mal wieder zu tief ins Glas geschaut und die Verdienst-Summe doppelt gesehen hat? Fest steht: Das Mädel wird mal wieder unters Messer müssen. Denn bei der Produktion gehört Vollblutigkeit zur Grund-Qualifikation. Die Silikon-Branche reißt sich schon die Hände. top

WAZ WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

WESTFÄLISCHE ALLGEMEINE ZEITUNG
Gründungsherausgeber: Erich Brost und Jakob Funke
Chefredakteur: Ulrich Reitz
Stellvertreter: Wilhelm Kümper
Chefredakteur: Katharina Borchert
Verantwortlich für Anzeigen: Manfred Kraemer, Oliver Notherfer, Anschritt Verlag, Anzeigenpreisliste Nr. 33, WAZ-Mediengruppe (WAZ + NRZ + WR + WP), Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Wahrheitsverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Inhalts stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Redaktion: mit ttv, TV-Magazin zur Tageszeitung
Freitag, Anzeigen und Vertrieb: WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG, 45128 Essen, Friedr. Schür, 34-38, Briefanschrift: 45123 Essen. Tel.-Sa-Nr. 0201 8040, Telefax-Nr. 0201 8042841; Internet: DerWesten.de, E-Mail: zentralredaktion@waz.de; Anzeigen: Fax-Nr. 0201 8042418; E-Mail: anzeigen@waz.de; waz-mediengruppe.de; Vertrieb und Leserservice: 01802 404072*; Fax: 01802 404082* (* € Cent/Minut d. d. Festnetz d. D. Telecom) E-Mail: leserservice@waz.de.
Anschritt des Verlages: Zeitungsverlag Ruhrgebiet GmbH & Co. Essen KG, 45123 Essen, Friedr. Schür, 34-38, Tel.-Sa-Nr. 0201 8040, Telefax-Nr. 0201 8042841.
Geschäftsführer: Bodo Hombach.
Druck: Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, 58099 Hagen, Hohensburger 67.
Für die Herstellung der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.